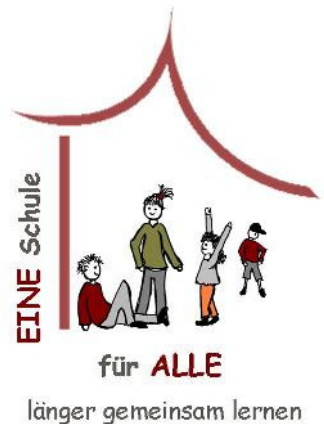


## Brück: "Wir hoffen auf mehr Integration an den Realschulen plus."



**Pressemeldung** zum Gespräch des Arbeitskreises Bildung der SPD-Landtagsfraktion und der Initiative „EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen e.V.“ am 07. Juni 2011 in Mainz

Zu einem ersten Meinungsaustausch über bildungspolitische Fragen trafen sich Mitglieder des AK-Bildung der SPD-Landtagsfraktion, an der Spitze die neugewählte Vorsitzende Bettina Brück, und der Vorstand der unabhängigen, rheinland-pfälzischen Initiative „EINE Schule für ALLE – länger gemeinsam lernen“.

Als wichtigstes Thema wurde seitens der Initiative die Weiterentwicklung des rheinland-pfälzischen Schulsystems im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention angesprochen. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass Rheinland-Pfalz hier wichtige erste Schritte eingeleitet habe, insbesondere durch das – im Vergleich zu anderen Bundesländern – frühe Vorlegen eines Aktionsplanes zur Umsetzung dieser Konvention in allen gesellschaftlichen Bereichen. Hierbei erwartet die Initiative jedoch konkretere Umsetzungsschritte über die bisherigen Ankündigungen – auch der Koalitionsvereinbarung – hinaus. Insbesondere Rolle und Funktion des bestehenden Förderschulsystems wurden in diesem Zusammenhang seitens der Initiative problematisiert, nach deren Auffassung ein dauerhaftes Nebeneinander von Schwerpunkt- und Förderschulen als kaum vereinbar mit dem Ziel der Inklusion und auf Dauer ohne Qualitätsverlust als nicht finanzierbar benannt wurde. Die SPD wolle jedoch am Angebot der Förderschulen festhalten, um Eltern beeinträchtigter Kinder auch zukünftig ein Wahlrecht zwischen gemeinsamem Unterricht in der Regel- und getrenntem in der Förderschule zu ermöglichen, so die Vorsitzende Brück.

Dazu ergänzend wurden von der Initiative zentrale Punkte angesprochen, an denen die immer noch unverantwortlich hohe Selektionswirkung des rheinland-pfälzischen Schulsystems festgemacht werden könne. Diese gelte vor allem für die Grundschulempfehlung, die – unabhängig von ihrer Ausgestaltung – die soziale Auslese verschärfe und deshalb nicht aufrechterhalten bleiben dürfe. Die empirischen Belege dafür seien seit Jahren bekannt.

Auch die Tatsache, dass nach wie vor jedes Jahr Kinder von ihrem ersten Schultag an einer Förderschule und nicht der zuständigen Grundschule zugewiesen werden können, sei ein Beispiel unverantwortlicher Selektion. Selektiv wirke außerdem die zwangsweise Wiederholung und die weiter bestehende Möglichkeit des Abschlusses vom Gymnasium auf Realschule plus bzw. deren internes Abschulen in der kooperativen Form. "Wir hoffen auf mehr Integration an den Realschulen plus durch eigene Entscheidungen der Schulen, um diese Probleme zu vermeiden", bekräftigte auch die Vorsitzende Bettina Brück den Wunsch der SPD zur Bewältigung dieser Problematik.

Die Vertreter der Initiative forderten jedoch darüber hinaus, dass die Realschule plus nur noch als integrative Schule eingerichtet werden dürfe bzw. die genannten Selektionsmaßnahmen durch schnelle Änderungen der Schulordnungen abzuschaffen seien.

Nicht allen diesen Punkten wollten die AK-Mitglieder folgen. Die Zusage, diese Punkte jedoch sorgfältig zu prüfen und sie mit in die bildungspolitische Debatte der Fraktion zu nehmen, wurde von beiden Seiten als gutes Signal zur weiteren Bearbeitung dieser Fragen aufgefasst.

Darüber, dass Lehrerinnen und Lehrer in Studium und Referendariat qualifizierter und umfassender auf das Unterrichten in heterogenen Lerngruppen, insbesondere auf das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen vorbereitet werden müssen, herrschte abschließend großes Einvernehmen. Dass dazu auch die Fort- und Weiterbildungsangebote ausgeweitet und intensiviert werden müssten, wurde von beiden Seiten als selbstverständlich und notwendig angesehen. Die Mitteilung der Vorsitzenden des AK-Bildung, in dieser Legislaturperiode ein Lehrerbildungsgesetz einzubringen, das diesen Anforderungen gerecht werde, wurde allseits begrüßt.

"Wir bleiben im Gespräch", kündigte Bettina Brück weitere Treffen zwischen dem Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion und der Initiative an; deren Vertreter freuten sich über dieses Gesprächsangebot und wünschten ebenfalls eine Fortsetzung dieses intensiven Meinungsaustausches.